

Amerikanische Deutschlandpolitik im Kalten Krieg 1954-1961

Hans-Jürgen Schröder

Universität Gießen

Die Ausgangslage: Deutschland als Kernstück der amerikanischen Europapolitik

Noch vor Gründung der Bundesrepublik hat sich zwischen den USA und Westdeutschland eine enge Kooperation angebahnt.¹ In den fünfziger Jahren ist diese Zusammenarbeit dann zwischen den Regierungen in Washington und Bonn auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet systematisch ausgebaut worden. Angesichts dieser Entwicklung drängt sich sogar die Frage auf, ob - in Analogie zu den amerikanisch-britischen Beziehungen - das deutsch-amerikanische Verhältnis ebenfalls als 'special relationship' bezeichnet werden kann.²

Fraglos weisen die deutsch-amerikanischen Beziehungen einige Besonderheiten auf, die vor allem die fünfziger Jahre charakterisieren.³ Strukturelle und persönliche Faktoren haben nicht zuletzt unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts sowohl die Bonner als auch die Washingtoner Außenpolitik in eine enge Kooperation kanalisiert, deren Hauptelemente hier für die Jahre 1954 bis 1961 skizziert werden. Die Deutsche Frage steht dabei im Mittelpunkt, d.h. vor allem die damalige Debatte über Möglichkeiten und Grenzen zur Überwindung der deutschen Teilung sowie Überlegungen der Zeitgenossen über die künftige Rolle Deutschlands im Kontext der internationalen Beziehungen.

Die Deutsche Frage und die Formulierung einer Deutschlandpolitik hatten für Bonn und Washington selbstverständlich unterschiedliches Gewicht, das ergab sich schon aus der jeweiligen internationalen Position der beiden Staaten. Die USA waren aus dem Zweiten Weltkrieg als Hegemonialmacht hervorgegangen mit weltweiten politischen, ökonomischen und strategischen Interessen. Die Bundesrepublik bemühte sich demgegenüber, die für Deutschland dramatischen Folgen des Krieges abzumildern, d.h. Streben nach Rückgewinnung von Souveränität: vor allem die wirtschaftliche Rekonstruktion sollte Vorstufe auch des politischen Wiederaufstiegs und damit Grundlage zur internationalen Anerkennung des westdeutschen Teilstaates sein.

Von der Bundesregierung und der Mehrheit der Deutschen wurde die Forderung nach Wiedervereinigung in den fünfziger Jahren besonders pointiert als Lebensfrage der Nation definiert. Für die Vereinigten Staaten hatte die Deutsche Frage demgegenüber funktionale Bedeutung, allerdings in einem umfassenden Sinn. Sicherheit für Deutschland bis hin zur Überwindung der Teilung war gekoppelt mit dem Ziel der Sicherheit vor Deutschland. Bezeichnenderweise wurde und wird in diesem Kontext auf amerikanischer Seite seltener von der Deutschen Frage, aber häufiger vom "German problem" gesprochen. Zusammenarbeit mit Deutschland war die schon bald nach Kriegsende eingeleitete Strategie, um die beiden Hauptelemente der amerikanischen Deutschlandpolitik auf einen Nenner zu bringen. Der Erfolg des Marshallplans ist hierfür ein besonders eindrucksvoller Beleg.⁴

Aus deutscher Perspektive lagen die Vorteile einer engen Anlehnung an die USA auf der Hand. Ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg war nur mit den USA zu realisieren. Diese wirtschaftliche Rekonstruktion sollte auch die Ausgangsbasis für den politischen Wiederaufstieg sein. Nicht zuletzt die Erfahrungen der Weimarer Republik verliehen derartigen Argumenten Überzeugungskraft. Hinzu kam, daß angesichts der sowjetischen Bedrohung ein Mindestmaß an Sicherheit nur durch die USA garantiert werden konnte. Schließlich hat die Politik der Westbindung, die sich nicht auf Westeuropa beschränkte, sondern den Vereinigten Staaten von Amerika Priorität einräumte, der Regierung Adenauer im In- und Ausland politische Glaubwürdigkeit verliehen.⁵

Für Washington war Deutschland wie nach dem Ersten Weltkrieg Kernstück amerikanischer Europapolitik. Eine wirtschaftliche Stabilisierung Westeuropas war ohne die Einbeziehung Westdeutschlands nicht möglich. Die amerikanische Marshallplan-Strategie zeigt dies. Die ökonomische Rekonstruktion Westdeutschlands war Voraussetzung der politischen Stabilisierung.⁶ Im Rahmen der amerikanischen Stabilisierungspolitik war Deutschland nicht nur Eckpfeiler der gegen die sowjetische Expansion gerichteten Eindämmungspolitik, sondern auch idealer Partner zur Durchsetzung amerikanischer Ordnungsvorstellungen. Das gilt nicht nur für die "Amerikanisierung der westdeutschen Wirtschaft",⁷ sondern auch für die Rolle der Bundesrepublik als europäischer Vorreiter für eine liberale Weltwirtschaftsordnung.⁸ Es war für die Truman- und Eisenhower-Administrationen von unschätzbarem Wert, daß sich in Bonn eine Regierung etabliert hatte, die wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität im Innern mit außenpolitischer Kontinuität durch Westbindung vereinte.

Die skizzierten Rahmenbedingungen zielten fraglos auf eine enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. Doch schloß dieser Grundkonsens nicht aus, daß auch das deutsch-amerikanische Verhältnis Belastungen unterworfen wurde und auf beiden Seiten von Irritationen gestört werden konnte, die nicht zuletzt aus den internationalen Entwicklungen und deren jeweiligen Einschätzungen in Washington und Bonn resultierten. Der hier zur Debatte stehende Zeitraum der Jahre 1954 bis 1961 ist schließlich ein überaus ereignisreicher Abschnitt der Nachkriegspolitik im allgemeinen und damit auch speziell für die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dynamik im internationalen System beeinflusste selbstverständlich sowohl die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen als auch die deutschlandpolitischen Optionen der Bundesregierung.

Am Beginn des hier zu behandelnden Abschnitts stehen wichtige Ereignisse: Die Berliner Außenministerkonferenz vom Januar und Februar 1954, das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die Neufassung des Deutschlandvertrages und der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den USA und der Bundesrepublik. In den Jahren bis 1961 folgten zum Teil dramatische Ereignisse: Souveränität für die Bundesrepublik, Genfer Gipfelkonferenz und Adenauers Moskareise (1955); sowjetische Intervention in Ungarn und das Suez-Abenteuer der Briten und Franzosen (1956); Sputnik-Schock sowie Unterzeichnung der EWG und EURATOM-Verträge (1957), Berlin-Ultimatum Chruschtschows (1958); Außenministerkonferenz der vier Großmächte in Genf (1959); Gipfelkonferenz der Großmächte in Paris und bevorstehender Generationswechsel im Weißen Haus (1960). Das Jahr 1961 ist vor allem geprägt durch die Zuspitzung der Berlinkrise, den Bau der Berliner Mauer und die damit zusammenhängenden deutschland- und weltpolitischen Initiativen. Die Fülle und Tragweite dieser Ereignisse war aus der Perspektive der frühen fünfziger Jahre, die am Beginn der folgenden Überlegungen stehen, freilich nicht vorhersehbar.

Das Jahr 1954 markiert in wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht vor allem insofern eine wichtige Etappe in der Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, als die Stagnation im Bereich der westeuropäischen Integration die Regierung in Washington zu neuen Akzentsetzungen in der Deutschlandpolitik veranlaßte. Das ergibt sich weniger aus dem Scheitern der Berliner Außenministerkonferenz als vielmehr aus der Stagnation der europäischen Integration im Bereich der Sicherheitspolitik und der damit verknüpften Verzögerung der innen- und außenpolitischen

Emanzipation der Bundesrepublik durch Zugewinn an Souveränität. Washington sorgte sich in diesem Zusammenhang vor allem auch um die im weitesten Sinne deutschlandpolitischen Implikationen dieser Entwicklung. Schließlich wurde hier eine Gefahr für die Stabilität der Regierung Adenauer befürchtet. Eine derartige Entwicklung galt es zu verhindern, denn im Jahre 1954 war Adenauer längst zum Eckpfeiler amerikanischer Deutschlandpolitik geworden.

Die im September 1949 von Konrad Adenauer gebildete Bundesregierung erwies sich für die Architekten der amerikanischen Außenpolitik von Anfang an als idealer Partner, das gilt besonders für die Washingtoner Deutschland- und Europapolitik. Schließlich war die außenpolitische Konzeption Adenauers ganz darauf abgestellt, durch enge Anlehnung an die westliche Führungsmacht und in konsequenter Frontstellung zur Sowjetunion den deutschen Wiederaufstieg schrittweise zu realisieren. Auch in bezug auf die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik war Adenauer für Washington ein Glücksfall. Zwar wurde vor allem zu Beginn der Amtszeit Adenauers dessen autokratischer Führungsstil wiederholt mit kritischen Kommentaren begleitet, die demokratische Integrität Adenauers wurde jedoch niemals ernsthaft in Zweifel gezogen. Überdies wurden Kommentare über den straffen Führungsstil des Kanzlers gelegentlich dahingehend interpretiert, daß dies dem "deutschen Wesen" am ehesten entspreche - jedenfalls in der schwierigen Phase des Wiederaufbaus demokratischer Rahmenbedingungen nach zwölf Jahren Diktatur in Deutschland. Die starke Stellung Adenauers wurde bereits in den ersten Berichten der mit Gründung der Bundesregierung etablierten Hohen Kommission klar herausgearbeitet. Im Dezember 1949 vertrat der politische Berater der Hohen Kommission sogar die Auffassung, daß jede Analyse der westdeutschen Politik die Person des Bundeskanzlers zum Ausgangspunkt nehmen müsse.⁹

Die sich zum Beginn der fünfziger Jahre immer deutlicher ausprägende Dominanz Adenauers in der deutschen Innen- und Außenpolitik hat sich in amerikanischen Lagebeurteilungen über Westdeutschland entsprechend niedergeschlagen. Adenauer war für die USA zum unentbehrlichen Partner geworden. Zwar wurde angesichts des nicht gerade jugendlichen Alters des Bundeskanzlers schon zu Beginn der fünfziger Jahre die Frage nach möglichen personellen Alternativen zu Adenauer aufgeworfen, so etwa in einem Memorandum des State Department vom September 1952,¹⁰ eine Antwort konnte jedoch nicht gegeben werden, weil eine solche Alternative auch aus amerikanischer Sicht nicht vorhanden war. In Washington sprach mithin nicht nur alles für eine Zusammenarbeit mit der von CDU und CSU geführten

Bundesregierung, sondern auch für eine Stützung des Kanzlers. Washington hat konsequenterweise dem deutschen Bundeskanzler massive Wahlkampfhilfe geleistet. In diesen Zusammenhang gehört auch die Regie für Adenauers erste Amerikareise vom April 1953 im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes.¹¹

Von der Bundestagswahl zur Berliner Außenministerkonferenz

Die Bundestagswahlen vom 6. September 1953 hatten aus amerikanischer Sicht die Übergangsphase der deutschen Nachkriegsgeschichte zum Abschluß gebracht.¹² Während Adenauer in der ersten Legislaturperiode gelegentlich als "Kanzler der Alliierten" angegriffen worden sei, habe der Wahlausgang jeden Zweifel über die Quelle der Autorität des Bundeskanzlers beseitigt, berichtete die Hohe Kommission nach Washington.¹³ Das gestiegene Prestige des Kanzlers wurde von vielen Deutschen auch als Verpflichtung Adenauers interpretiert, in der Frage der Wiedervereinigung außenpolitisch aktiv zu werden. Der sowjetische Vorschlag einer Außenministerkonferenz der vier Großmächte schien hierfür Gelegenheit zu bieten.

Ähnlich wie die sog. Stalin-Noten von 1952 ist die Außenministerkonferenz des Jahres 1954 fraglos auch im Kontext der sowjetischen Bemühungen zu sehen, den Adenauerschen Westkurs zumindest zu stören. Während im Jahre 1952 die westlichen Alliierten und die Bundesregierung bewußt davon abgesehen hatten, eine über den Notenaustausch hinausgehende Sondierung des Stalinschen Angebots in bezug auf Deutschland auszuloten, war es im Januar 1954 immerhin zu einer Außenministerkonferenz der vier Siegermächte gekommen.¹⁴

Die amerikanische Diplomatie hat in der sowjetischen Westpolitik Gefahren für die Adenauersche Außen- und damit auch seine Innenpolitik gesehen. Adenauer, so ein Bericht der Hohen Kommission vom Dezember 1953, sei zwar nach wie vor davon überzeugt, daß die Sowjets weder wirkliche Konzessionen geschweige denn die Wiedervereinigung anbieten werden. Der Bundeskanzler sei daher bestrebt, die Bonner Europapolitik zu forcieren. Dennoch könne Adenauer nicht jede Gelegenheit verstreichen lassen, die wahren Absichten Moskaus zu testen. Daher seien die Sowjets in der Lage, den Kanzler Schritt für Schritt in eine Situation zu manövrieren, die seine Außenpolitik gefährde und damit seine gesamte Position unterminiere. Die Gefahr resultiere vor allem aus der Kombination von französischer Schwäche und westpolitischen Initiativen der Sowjets. Das Beste, was dem Kanzler daher passieren könne, wäre eine Viermächtekonferenz, die eindeutig zeige, daß die Sowjets weder zu wirklichen

Konzessionen noch zur Wiedervereinigung bereit seien, die Franzosen hinreichend stark, um die Ratifizierung der EVG und den Prozeß einer europäischen politischen Union voranzutreiben, die schließlich einer sowjetischen Einflußnahme auf die bundesdeutsche Innenpolitik die Basis entziehe.¹⁵ Diese amerikanische Einschätzung der bevorstehenden Viererkonferenz deckte sich weitgehend mit der Lagebeurteilung des deutschen Bundeskanzlers.

Adenauer hat auf die deutschlandpolitische Bedeutung dieser Konferenz wiederholt hingewiesen. Für die Bundesregierung kam es darauf an, den eigenen Westkurs nicht stören zu lassen, eine Aufwertung oder gar Anerkennung der DDR zu verhindern und dennoch gegenüber der Weltöffentlichkeit den guten Willen Bonn bei deutschlandpolitischen Verhandlungen zu demonstrieren, die intransigente Haltung der Sowjets vorzuführen und schließlich generell die Deutsche Frage in der internationalen Diskussion zu halten.

Unmittelbar vor Beginn der Außenministerkonferenz legte Adenauer seine Haltung vor dem Bundesvorstand der CDU ausführlicher dar und stellte unter Hinweis auf das gestiegene Prestige der Bundesregierung einen gewissen Optimismus zur Schau.¹⁶ Die Ergebnisse der Bundestagswahl seien für die internationale Position der Bundesrepublik von hervorragender Bedeutung: "Nichts hat die Stellung Deutschlands auf außenpolitischem Gebiet so gefestigt wie diese Bundestagswahl." Man könne den Einfluß, den diese Wahl "auf unser Ansehen genommen hat, gar nicht hoch genug einschätzen". Wenn die Bundesrepublik, "trotzdem sie entwaffnet und besetzt ist, trotzdem sie nicht souverän ist, sondern unter Besatzungsstatut steht, außenpolitisch doch einen größeren Einfluß" habe, dann beruhe das "auch sehr wesentlich" auf der Vorarbeit der vergangenen Jahre. Wenn wir "jetzt zu dieser Viererkonferenz gekommen sind und wir dort, wenn auch nicht anwesend, so doch Bedeutung und Einfluß haben, dann ist das alles auf den Erfolg der Bundestagswahlen zurückzuführen". Zu Recht konnte Adenauer in diesem Zusammenhang auf entsprechende Äußerungen des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles und des britischen Außenministers Anthony Eden verweisen.¹⁷ Der Außenministerkonferenz komme schon deshalb eine große Bedeutung zu, weil es die erste Viererkonferenz über Deutschland seit 1947 sei. Allerdings seien die Rahmenbedingungen seither "völlig anders geworden". Inzwischen habe sich Westdeutschland konsolidiert, und die Bundesrepublik sei "entschlossen, sich an den Westen anzuschließen". Die Ostzone sei demgegenüber ein "vollkommener Satellitenstaat geworden". Um die DDR nicht aufzuwerten, habe sich die Bundesregierung an der Konferenz "bewußt nicht beteiligt", denn

"wenn wir verlangt hätten, daß die Bundesrepublik in der Form beteiligt sei, daß sie einen Beobachter entsandt hätte, dann wäre selbstverständlich auch ein Vertreter der Sowjetzone auf russischer Seite als Beobachter erschienen", und das hätte eine Aushöhlung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs bedeutet.¹⁸

Adenauer buchte es "als ein großes Plus", daß "wir ... die drei Westmächte absolut auf unserer Seite haben", und er verwies insbesondere auf die große Bedeutung der USA; schließlich seien vitale deutsche Interessen berührt. Die sowjetische Außenpolitik beschränke sich überdies nicht auf eine Störung der EVG-Politik, das Ziel sei viel weiter gesteckt. Denn mit dem Scheitern der EVG "würde auch der Nordatlantikpakt fallen", betonte der Kanzler. Erst unter diesem Gesichtspunkt werde "die große Bedeutung klar, die zunächst die russische Politik und dann auch die Politik überhaupt auf der Berliner Konferenz" habe. Es handelt sich hierbei nicht nur um Deutschland, nicht nur um die EVG und die Integration Europas, sondern es handelt sich darum, Amerika aus Europa herauszuspielen und den Atlantikpakt zum Zusammensturz zu bringen." Wenn dies den Sowjets gelinge, "wäre das ein triumphaler Erfolg für Sowjetrußland, der es gewiß eine Stange Gold, aber keinen Tropfen Blut kosten würde", formulierte Adenauer in Anspielung auf den vermeintlichen Einsatz sowjetischer Goldreserven für Propagandazwecke.¹⁹

Auf der Konferenz werde sich herausstellen, ob die Sowjets planen, die "Deutsche Frage für sich zu lösen", oder "ob sie mit der Deutschen Frage alle die anderen großen Fragen, die zwischen Ost und West bis hin zur Atomwaffe schweben, gleichzeitig zur Debatte bringen" wollen. "Wir werden auch sehen, ob sie Forderungen aufstellen oder Thesen vertreten, die für die Bundesrepublik einfach unannehmbar sind. Wir hoffen, daß diese auch von den Westalliierten abgelehnt werden." Die Frage, was "können wir tun in dieser Lage?" beantwortete Adenauer mit einem Bekenntnis zur Kontinuität westdeutscher Außenpolitik. "Wir können nur das tun, was wir bisher getan haben: unsere jetzige Politik fortsetzen und die Nerven nicht verlieren. Wir müssen versuchen, möglichst großen Einfluß auf das zu gewinnen, was die Amerikaner, Briten und Franzosen tun. ... Also, wir müssen in Ruhe abwarten. Aber ich versichere Ihnen, man muß gute Nerven haben, um sich diese Ruhe zu bewahren."²⁰

Insgesamt gesehen sei die Lage nicht "völlig hoffnungslos". Adenauer vertrat die Auffassung, daß auch diese Konferenz, "wenn sie nicht mit einem großen Knall" auseinandergehe, "schließlich doch etwas Gutes" haben werde: "Die

Deutsche Frage wird nicht zur Ruhe kommen", nachdem sie jetzt sieben Jahre, von 1947 bis 1954 geruht habe. Diese Konferenz werde hoffentlich "der Anfang einer weiteren Verhandlung zwischen Ost und West sein."²¹

Sorge bereitete Adenauer allerdings ein von ihm diagnostizierter Zeitdruck der Amerikaner. Das könne sich bei einem Scheitern der Konferenz für den Westen und namentlich für die Bonner Deutschlandpolitik negativ auswirken. Schließlich komme es dann darauf an, den für die Meinungsbildung in der Weltöffentlichkeit günstigsten Zeitpunkt für einen Abbruch der Konferenz zu finden. Ähnliche Überlegungen wurden auch auf amerikanischer Seite angestellt.²²

Stagnation der Westintegration: Gefahr für die Deutschlandpolitik

Mit dem Scheitern der Berliner Außenministerkonferenz war eine direkte Störung der Westintegration der Bundesrepublik abgewendet. Der Verlauf der Konferenz hatte überdies deutlich gemacht, daß die deutschlandpolitischen Grundpositionen Adenauers von der Regierung in Washington uneingeschränkt unterstützt wurden. Grundlage der westlichen Position war der sog. Eden-Plan: Freie Wahlen in ganz Deutschland, Einberufung einer Nationalversammlung, Verfassungsentwurf und Vorbereitung von Friedensverhandlungen, Abschluß eines Friedensvertrages.²³

Diese deutsch-amerikanische Übereinstimmung in der Deutschlandpolitik konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Politik der Westintegration der Bundesrepublik in einer Krise befand, zumindest jedoch in eine Phase der Stagnation eingetreten war. Das hatte zahlreiche deutschlandpolitische Implikationen. Die Weltöffentlichkeit erwartete mit Spannung die Entscheidung der französischen Nationalversammlung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Für die Bundesregierung war der sich hinziehende Ratifizierungsprozeß vor allem deshalb problematisch, weil hier vitale Interessen der Bundesrepublik berührt waren. Das ergab sich aus dem Junktim zwischen EVG-Vertrag und Deutschlandvertrag. Es ging für Bonn mithin nicht nur um die Verwirklichung des EVG-Projektes, sondern um die Inkraftsetzung derjenigen Souveränitätsrechte, die der Bundesrepublik im Mai 1952 im Generalvertrag zugestanden worden waren.

Alle Beteiligten hatten während der Verhandlungen ja die große Bedeutung des Generalvertrages herausgestrichen. Adenauer hatte ihn sogar als "friedensvertragsähnliches Werk" charakterisiert und aus Gründen der "Propaganda"

die Bezeichnung "Deutschlandvertrag" gewünscht.²⁴ Jetzt konnte es sich negativ auswirken, daß der Bundeskanzler diesen Begriff zwar nicht offiziell, aber doch faktisch durchgesetzt hatte. Der beabsichtigte propagandistische Effekt drohte sich in sein Gegenteil zu verkehren: Die Rückgewinnung von Souveränität konnte ausbleiben, die innenpolitische Position des Kanzlers ramponiert und insbesondere sein deutschlandpolitisches Konzept - Westintegration als Vorstufe der Wiedervereinigung - diskreditiert werden.

Genau diese Gefahren wurden auf amerikanischer Seite gesehen. Der amerikanische Hochkommissar Botschafter James B. Conant äußerte im Mai 1954 die Befürchtung, daß die deutsche Geduld mit dem Status eines besetzten Landes erschöpft sei. Möglicherweise sei die deutsche Politik sogar an einem Wendepunkt angelangt, und es bedürfe großer Anstrengungen, die deutsche Kooperationsbereitschaft auch in Zukunft zu erhalten. Die in den Septemberwahlen des Jahres 1953 zum Ausdruck gekommene Welle der Unterstützung für Adenauer könne verebben, wenn der Bundeskanzler nicht schnell außenpolitische Erfolge vorzuweisen habe.²⁵ Diese Zusammenhänge wurden in einigen amerikanischen Analysen zum Teil dramatisch zugespitzt. Das verdeutlicht besonders eindrucksvoll ein ausführlicher Bericht der Hohen Kommission vom Juli 1954, in dem die ersten fünf Jahre der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik auch im Kontext der westdeutschen verfassungspolitischen Entwicklung interpretiert wurden.²⁶

Jede Analyse der Bundesrepublik und ihres politischen Systems, so die einleitende Feststellung, müsse mit einer Beschreibung der Exekutive beginnen. Das ergebe sich sowohl aus der im Bonner Grundgesetz verankerten starken verfassungspolitischen Stellung des Bundeskanzlers als auch aus den Führungsqualitäten ("skillful and forceful leadership") Adenauers. Die anhaltend starke Position des Kanzlers resultiere im wesentlichen aus der Tatsache, daß seine Politik bisher erfolgreich gewesen sei. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg sei beeindruckend. Auf dem Gebiet der Außenpolitik habe er das deutsche Ansehen wiederhergestellt. Die Politik des Kanzlers, die sich im September 1953 in einem überwältigenden Wahlsieg von CDU und CSU manifestiert habe, basiere im wesentlichen auf drei Säulen: Prosperität, Wiedervereinigungspostulat und Westintegration.

Der Sieg Adenauers bei den letzten Bundestagswahlen dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wiedervereinigungspolitik in einer Sackgasse stecke. Der Kanzler habe sich angesichts der sowjetischen Obstruktionspolitik gezwungen gesehen, die zweite Säule seiner Politik, das Wieder-

vereinigungspostulat, mit der dritten Säule, der Westpolitik, zu verknüpfen: Westintegration als Vorstufe zur Wiedervereinigung. Diese enge Anbindung der Deutschlandpolitik an Erfolge in der Westpolitik habe allerdings den Nachteil, daß Verzögerungen oder nicht erfüllte Erwartungen im Prozeß der Westintegration dem deutschlandpolitischen Kalkül des Kanzlers den Boden entziehen könne. Hier wurden auf amerikanischer Seite Gefahren für die Washingtoner Deutschlandpolitik diagnostiziert:

“As a result of the standstill in the western integration movement, there are already signs of growing impatience, disillusion, and incipient anti-Americanism, not only in the SPD opposition, but even in circles which have previously been staunch supporters of major U.S. policy objectives in Germany. Indications of this trend are the great difficulty the Chancellor had in maintaining CDU and coalition support for a Saar settlement ... Another indication is the current vulture-like optimism of SPD leaders. The Chancellor personally is gravely concerned over these developments. He has said privately on several occasions recently that he would be in serious political difficulties if no progress were made in the restoration of German sovereignty and the development of western defense plans by the fall. It is hard to foresee exactly what the results will be if EDC fails and no acceptable substitute is found for it. It is possible that the Chancellor will yield to pressure and, trimming his sails to new winds, abandon the program for integration. In view of his character, background, and commitments, it seems more likely that he will continue to fight for his pro-western program even against mounting odds. In any event, the continued stagnation of the pro-western policy would certainly result in a drastic reorientation of German thinking. It may be anticipated that a prolonged isolation of Germany, through refusal to accept her into EDC of NATO, will gravely weaken pro-European forces throughout the country.”²⁷

Irritationen in der Bundesrepublik über ausbleibende Fortschritte in der Westpolitik würden nicht nur die Glaubwürdigkeit des Wiedervereinigungspostulats und damit die Stellung Adenauers unterminieren. Eine solche Entwicklung könne wiederum nicht ohne Rückwirkungen auf die Zukunftsperspektiven der europäischen Integration bleiben. Schließlich sei die

Bundesrepublik des Jahres 1954 das einzige wichtige Land, in dem sich die Regierung mit ihrem Bekenntnis zur Westintegration auf eine parlamentarische Mehrheit stützen könne:

“The Federal Republic today is the only major European country in which the government can command a sizeable parliamentary majority for western integration and defense. Despite these encouraging signs, however, moderate pro-Western leaders in the Federal Republic are deeply concerned at any sign of stagnation or retrogression in the process of knitting Germany into the Atlantic community because they view such an association as essential to the nurturing of the shallowly rooted democratic forces in Western Germany.”²⁸

Durch die Stagnation in der Westpolitik war die Außen- und Innenpolitik der Bundesrepublik in eine Schwebelage geraten. Das Zögern des französischen Parlaments, das die Frage der Ratifizierung vor sich her schob, drohte die Solidität der deutsch-französischen Annäherung zu diskreditieren. Das machte es für die Bonner Politik schon aus innenpolitischen Erwägungen erforderlich, Übereinstimmung mit den USA zur Schau zu stellen. Analog hatte angesichts der integrationspolitischen Schwierigkeiten auch für Washington der Stellenwert der Bundesrepublik noch zugenommen. Mithin hatten beide Regierungen Interesse an einer Intensivierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen und auch daran, die enge deutsch-amerikanische Kooperation gegenüber der Öffentlichkeit zu dokumentieren. Der Erfolg einer solchen Strategie hatte sich bereits 1953 insbesondere im Zusammenhang mit Adenauers erster USA-Reise erwiesen. Hier erfolgten wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Vizepräsident Richard Nixon hatte bei dieser Gelegenheit deutlich gemacht, daß man an die enge Kooperation der zwanziger Jahre anknüpfen wolle.²⁹ Das implizierte dann selbstverständlich auch den Einsatz der Wirtschaft als Instrument der Außenpolitik, denn in den zwanziger Jahren waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen stark von wirtschaftlichen Momenten geprägt.³⁰ Vor diesem Hintergrund kam dem Abschluß eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages eine besondere Bedeutung zu.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag von 1954

Für die deutsch-amerikanischen Beziehungen der fünfziger Jahre sind ökonomische Faktoren von der historischen Forschung bedauerlicherweise bisher nicht hinreichend berücksichtigt worden.³¹ Das ist umso erstaunlicher, als die Diskussion über Motive, Zielsetzungen und Wirkungen des European

Recovery Program die ökonomischen Dimensionen der amerikanischen Außenpolitik insbesondere auch für die deutsch-amerikanischen Beziehungen sowie generell für die westdeutsche und amerikanische Außenpolitik verdeutlicht hat.

Außerdem fällt der Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages in eine Zeit lebhafter inneramerikanischer Debatten über die Prinzipien amerikanischer Außenwirtschaftspolitik. In einem Grundsatzpapier der Wirtschaftsabteilung im State Department wurde beispielsweise im Mai 1954 daran erinnert, daß die internationale Wirtschaftspolitik der USA ein wichtiges Instrument sei zur Durchsetzung eines Grundaxioms Washingtoner Politik, nämlich sowohl Sicherheit als auch das Wohlergehen der Vereinigten Staaten zu verbessern.³² Die zu diesem Zweck abgeschlossenen militärischen und politischen Bündnisse bedürften jedoch der ökonomischen Absicherung, zumal die moderne Kriegsführung von der wirtschaftlichen Stärke der beteiligten Nationen abhängt: "An alliance without economic underpinnings would be inadequate and unreliable."³³

Im Rahmen dieser Gesamtstrategie habe Washington eine engere politische und ökonomische Integration vorangetrieben, um die wirtschaftliche Stärke Europas weiter auszubauen. Hinzu komme, daß damit das Problem der Sicherheit vor Deutschland pragmatisch gelöst werden könne: "... the most practical way to permit Germany to assume her role in the common defense without alienating France and Benelux is to merge Germany into a larger complex of Western European nations".³⁴

Im westdeutschen Kalkül hatte der Handelsvertrag mit Washington ein noch größeres Gewicht. Der erfolgreiche Abschluß des Vertragswerkes symbolisierte fraglos generell die große Bedeutung wirtschaftlicher Fragen für den westdeutschen Wiederaufstieg. Die deutschen Führungseliten haben den großen Stellenwert wirtschaftlicher Fragen für die Außenpolitik bereits in der Gründungsphase der Bundesrepublik wiederholt artikuliert. So betonte etwa ein Mitarbeiter des Frankfurter Wirtschaftsrates im August 1949, "daß die deutsche Handelspolitik künftig in stärkerem Maße als sie es bisher sein konnte, ein Mittel der deutschen Gesamtpolitik - besonders auch der Außenpolitik - sein muß. Wir müssen unser handelspolitisches Schwergewicht auch außenpolitisch in die Waagschale werfen, was umso eher möglich sein wird, als unser Schwergewicht als Warenabnehmer ... in der Weltwirtschaft sehr beträchtlich ist."³⁵

Diese im weitesten Sinne außenpolitischen Dimensionen der Handelspolitik sind in den deutschen Akten in vielfältiger Weise belegt. Das gilt sowohl für die politische Bewertung der Handelspolitik und insbesondere der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen als auch für die innerhalb der Bundesregierung immer wieder aufflammenden Konflikte über den Führungsanspruch in der Handelspolitik. So war das Wirtschaftsministerium nicht bereit, dem Auswärtigen Amt einen "Primat für die Führung der Handelspolitik" zu konzedieren, da "eine einheitliche und zielstrebige Wirtschaftspolitik" ohne Einbeziehung der Außenhandelspolitik "nicht denkbar" sei. Allerdings wurde selbst vom Wirtschaftsministerium eingeräumt, daß "lebensebene Außenpolitik auf das Instrument der Außenwirtschaftspolitik nicht verzichten könne".³⁶ Genau aus diesem Grund war das Auswärtige Amt nicht bereit, in Fragen der Handelspolitik Kompetenzen an das Wirtschaftsministerium abzutreten. So erklärte Außenminister von Brentano im Juli 1955 im Hessischen Rundfunk, daß "auch die Handelspolitik nur ein Teil unserer gesamten politischen, speziell unserer außenpolitischen Tätigkeit" sei. Die Handelspolitik sei "kein Selbstzweck", sondern sie müsse in den Rahmen der Gesamtpolitik gestellt werden. "Die wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands mit seiner Umwelt sind ... ein Teil der auswärtigen Beziehungen."³⁷ Wenn das Auswärtige Amt seine Federführung in der Handelspolitik so entschlossen verteidigte, dann ist dies auch ein wichtiger Beleg für den gestiegenen Stellenwert wirtschaftlicher Fragen im Bereich der auswärtigen Politik.

Diese politische Komponente der Handelspolitik läßt sich für zahlreiche von Bonn abgeschlossene Handelsverträge nachweisen. Ganz besonders gilt das für den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag des Jahres 1954. Angesichts der engen Anlehnung der Regierung Adenauer an die USA hatte der neue Handelsvertrag zwischen den beiden Staaten automatisch eine über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehende allgemeinpolitische Bedeutung. Diese politische Dimension kam bereits darin zum Ausdruck, daß die Handelsvertragsverhandlungen anläßlich des ersten USA-Besuches des Bundeskanzlers im Frühjahr 1953 angekündigt wurden und die Unterzeichnung des Vertrages während der zweiten Amerikareise Adenauers im Oktober 1954 erfolgte.³⁸ Für die Mitglieder der Bundesregierung wurde im Februar 1955 in einer internen Kabinettsvorlage die große Bedeutung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages gerade auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten herausgestrichen:

"Für die Vereinigten Staaten ist es der wichtigste Vertrag dieser Art. Für die Bundesrepublik ist es der erste und ebenfalls wichtigste

klassische Handelsvertrag nach dem Kriege. Ohne Zweifel wird er den Grundstock für ein deutsches Handelsvertragssystem bilden, das die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit dem Ausland festigt und fördert. ... Auch der alte Vertrag von 1923 hatte zu seiner Zeit allein durch seine Existenz eine politische Bedeutung. Der neue Vertrag mit der führenden Nation der westlichen Welt wird nicht geringere Wirkungen auslösen.“³⁹

Gerade vor dem Hintergrund der vom Auswärtigen Amt ausdrücklich betonten historischen Erfahrungen der zwanziger Jahre ist der Handelsvertrag vom Oktober 1954 ein Element der Stabilisierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. In der schwierigen europapolitischen Situation des Jahres 1954 bedeutete der Vertrag eine direkte Stützung der Bundesregierung mit zumindest indirekten positiven Auswirkungen für die Bonner Außen-, Innen- und damit auch Wiedervereinigungspolitik. Das wurde von den beteiligten Akteuren so gesehen und gilt auch für die historische Analyse. Ganz allgemein war der Handelsvertrag auch eine wichtige Etappe auf dem Weg Bonns zur Souveränität.

Auf dem Weg zur westdeutschen Souveränität

Trotz der großen Bedeutung der Ökonomie war die völkerrechtliche Souveränität der Bundesrepublik ohne eine Lösung des Sicherheitsproblems nicht denkbar. Seit der Unterstützung des Schumanplans war für Washington die deutsch-französische Annäherung zum zentralen Element der amerikanischen Integrationspolitik in Europa und damit zum integralen Bestandteil der Deutschlandpolitik geworden. In der Unterstützung des EVG-Projektes fand diese Politik ihre logische Fortsetzung. Die amerikanische Diplomatie hat sich hier wiederholt öffentlich festgelegt. In Washington wurde über eine Alternativlösung für den Fall des Scheiterns der EVG nicht laut nachgedacht, um dadurch das Projekt nicht zusätzlich zu gefährden. Bezeichnenderweise wurde die Regierung in London von amerikanischen Diplomaten gebeten, eine öffentliche Alternativdiskussion ebenfalls zurückzustellen. Nach dem Scheitern der EVG wurde dann mit dem NATO-Beitritt schnell eine Ersatzlösung gefunden, wobei in der historischen Forschung die Rolle Großbritanniens häufig überschätzt wird. Die NATO-Lösung war ein amerikanisches Konzept.⁴⁰

In den am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Pariser Verträgen wurden westdeutscher Wehrbeitrag (NATO-Beitritt der Bundesrepublik) und westdeutsche Souveränität völkerrechtlich fixiert. Die Wiedererlangung

weitgehender Souveränität – Außenminister Dulles sprach von “virtually full sovereignty”⁴¹ – für den westdeutschen Teilstaat im Mai 1955 intensivierte die Überlegungen über den künftigen außenpolitischen Kurs der Bundesregierung, die Chancen und Risiken einer Wiedervereinigung und den Status eines vereinten Deutschlands im internationalen System. Das Problem der Teilung Deutschlands hatte die amerikanische Diplomatie seit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Und mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des westdeutschen Teilstaates stellte sich für die USA mit zunehmender Intensität das Problem der Sicherheit vor Deutschland. Für das Jahr 1955, der Wiedererlangung von weitgehender Souveränität, soll die deutschlandpolitische Diskussion an zwei Beispielen verdeutlicht werden: den Vorbereitungen zur Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955 und einem Diskussionsbeitrag des New Yorker Council on Foreign Relations.

Das Council on Foreign Relations hatte in Vorbereitung einer im April 1955 in Brügge durchgeführten Konferenz einen Diskussionsbeitrag über “Germany’s Position in Western Europe” vorgelegt.⁴² An die Spitze der Überlegungen über die politische Orientierung der Bundesrepublik bzw. eines wiedervereinigten Deutschlands wurden drei Möglichkeiten gestellt: Anlehnung an den Westen, Neutralisierung oder Allianz mit dem Ostblock. Diese dritte Variante wurde allerdings als “disaster” bezeichnet und wegen des Katastrophencharakters als Option sofort verworfen.⁴³

Die erste Möglichkeit, Allianz mit dem Westen, wurde uneingeschränkt favorisiert. Eine solche Bindung werde innerhalb des westlichen Lagers das Ende von Feindseligkeiten besiegeln, die sich in der Vergangenheit wiederholt zu kriegerischen Auseinandersetzungen gesteigert hatten. Überdies werde diese Lösung zu einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stärkung des Westens beitragen. Insbesondere erhalte Deutschland auf diese Weise Gleichberechtigung im Bündnis. Außerdem sei nicht auszuschließen, daß eine solche Lösung die Bereitschaft der Sowjetunion erhöhen werde, zu vernünftigen Bedingungen (“reasonable terms”) über die Wiedervereinigung Deutschlands zu sprechen.

Die Rolle Deutschlands als gleichberechtigter Partner treffe fraglos bei denjenigen auf Vorbehalte, die den Deutschen nicht trauten und einen schnellen Aufstieg Deutschlands zu einer Führungs- und Kontrollposition fürchteten. Doch sollte es möglich sein, Deutschland derart in den Westen zu integrieren, daß sich solche Befürchtungen als gegenstandslos erweisen werden. Schließlich sei es

besser, mit der deutschen Dynamik zu kooperieren als ihr in Feindschaft zu begegnen:

"It must be admitted that there are also disadvantages, perhaps even dangers in this course. To all those who still fear and distrust the Germans ... it is not an altogether inviting prospect to take on as a full partner a country whose strength is such that she may rapidly rise to leadership and even control, and whose moderation and motives are not yet fully established."⁴⁴

Dennoch fehle es im Westen und in Westdeutschland nicht an Stimmen, die eine Neutralisierung Deutschlands propagierten, betonte das Council on Foreign Relations. Neutralisierung Deutschlands komme für die große Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit allerdings nicht ernsthaft in Betracht. Angesichts der geographischen Lage sowie der ökonomischen und politischen Dynamik Deutschlands wurde eine Neutralisierung etwa nach Schweizer Muster als unrealistisch betrachtet, zumal ein deutscher Verzicht auf Rüstung nicht lange aufrechterhalten werden könne. Mithin stünden auch strategische Überlegungen einem Neutralisierungskonzept entgegen und zwar sowohl unter dem Aspekt der Sicherheit vor Deutschland als auch dem der Sicherheit vor der Sowjetunion:

"Furthermore, a rearmed Germany would be more dangerous neutralized than allied with the West, because in the latter case the chances of influencing German policy in wise and moderate directions are much greater. Moreover we believe that German neutralization would be a development favorable to the Soviet Union and would put off, if not make impossible, the achievement of a balance of forces between the free world and Communism. It would not only end all hope of an accretation of German strength for the common defense of the West but would also deprive the common defense of the vital German area for land and air operations. The Soviet Union's position would not be comparably injured. Even if neutralization were to lead to German reunification after free elections, it is the consensus of American opinion that this gain would be more than offset by Germany's resulting military and political weakness, by the loss of strength to the West, and by the uncertainty of Germany's future course."⁴⁵

Die vom Council on Foreign Relations im März 1955 formulierte Position läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die deutschen Ressourcen sollten im militärischen wie im politischen Bereich für den Westen mobilisiert werden, eine direkte oder indirekte Stärkung der Sowjetunion galt es zu verhindern. Der Gefahr einer militärischen, ökonomischen und damit auch politischen Dominanz der Bundesrepublik in Europa sollte durch die Fortsetzung der von Washington unterstützten Integration in Westeuropa entgegengewirkt werden. Im Rahmen dieser Integrationspolitik würde das deutsche Potential am besten kontrolliert und die Bonner Politik beeinflußt werden können. Für die Europa- und Deutschlandpolitik sah das Council on Foreign Relations keine Alternative zu einem amerikanischen Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung: zum einen sei die Teilung Deutschlands eine wichtige Ursache der Spannungen zwischen Ost und West, die es zu beseitigen gelte; zum anderen sei das Streben nach Wiedervereinigung ein wichtiges Ziel der Deutschen, ohne dessen Verwirklichung eine dauerhafte Stabilität in Deutschland nicht herzustellen sei. Auch ein wiedervereinigtes Deutschland müsse allerdings in den freien Westen integriert werden. Eine Neutralisierung stehe nicht zur Debatte.

Das Council on Foreign Relations betonte zwar ausdrücklich, daß sein Diskussionsbeitrag ohne vorherige Konsultation mit Regierungsstellen entstanden sei. Angesichts der engen Verflechtungen des Council mit den politischen und wirtschaftlichen Führungseliten der USA⁴⁶ überrascht es dann nicht, daß die hier naturgemäß verkürzt wiedergegebenen Positionen mit den innerhalb der Regierung angestellten Überlegungen weitgehend übereinstimmen. Die in Vorbereitung der Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955 in Washington zur Deutschen Frage erstellten Lagebeurteilungen machen dies deutlich.

Für die Genfer Gipfelkonferenz stand die Deutsche Frage zwar nicht ausschließlich auf der Tagesordnung, sie war jedoch ein zentrales Thema und hatte im amerikanischen Kalkül einen hervorragenden Stellenwert. In einem Memorandum für Präsident Eisenhower faßte Außenminister Dulles die in den vorbereitenden New Yorker Gesprächen⁴⁷ für die Genfer Konferenz andiskutierten Probleme in fünf Punkten zusammen: weltweite Abrüstung, Vereinigung Deutschlands, Europäische Sicherheit, Befreiung sowjetischer "Satellitenstaaten", internationaler Kommunismus und Handelspolitik. Die Deutsche Frage, so Dulles, werde in Genf fraglos an prominenter Stelle zur Debatte stehen. Das ergebe sich schon aus dem Drängen Adenauers. Eine Vereinigung Deutschlands sei allerdings nur im Kontext einer generellen Lösung des europäischen Sicherheitsproblems möglich.⁴⁸

Das National Security Council definierte Anfang Juli 1955 die Grundzüge der amerikanischen Politik für die bevorstehende Konferenz.⁴⁹ In bezug auf die Deutsche Frage wurden unter Berufung auf den Eden-Plan folgende Essentials fixiert:

- Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage freier Wahlen;
- Friedensverhandlungen dieser gesamtdeutschen Regierung mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges;
- Entscheidungsfreiheit des vereinten Deutschlands über Bündniszugehörigkeit und Wiederbewaffnung, damit auch ein vereintes Deutschland der NATO beitreten und auf diese Weise einen angemessenen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der NATO leisten könne. Das National Security Council bekannte sich ausdrücklich zur weiteren Unterstützung der im Eden-Plan fixierten Grundsätze. Diese Deutschland-Strategie berge fraglos das Risiko, daß ein vereintes Deutschland möglicherweise entscheiden könnte, der NATO nicht beizutreten. Ein solches Restrisiko müsse Washington allerdings eingehen.

Washington müsse eine Lösung anstreben, die den Sicherheitsinteressen der USA insgesamt gerecht werde. "In any event, no local European arrangement would be acceptable which would result in a net diminution of Western strength vis-à-vis the Soviet Bloc".⁵⁰ An dieser Maxime orientierten sich dann auch Überlegungen über einen Rückzug von Truppen der Sowjets und der Westmächte. Eine derartige Truppenreduzierung dürfe die militärische Position der NATO nicht schwächen und müsse im besonderen die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands sichern. Ein Abzug amerikanischer Truppen aus Europa komme nicht in Frage, solange dies im Sicherheitsinteresse der USA und ihrer Verbündeten liege und solange die Präsenz amerikanischer Truppen als Katalysator zu Fortschritten in der deutsch-französischen Aussöhnung notwendig sei.⁵¹

Unter dramatisch veränderten weltpolitischen Bedingungen hat sich für die Deutsche Frage - 35 Jahre nach der Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955 - eine Lösung ermöglicht, die den damals formulierten amerikanischen Maximalforderungen prinzipiell entspricht. Für die Zeitgenossen von damals und heute war dies nicht vorhersehbar. Im Jahre 1955 waren die Washingtoner Bedingungen eher dazu angetan, eine Wiedervereinigung zu verzögern, zumindest in mittelfristiger Perspektive. Genau hier hat die Opposition in der Bundesrepublik ihre Kritik angesetzt.

Die amerikanische Diplomatie hat sich im Jahre 1955 auch nicht der Illusion hingegeben, Moskau könne der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands zustimmen: "One thing which is fairly certain is that the Soviets under no condition would be prepared to see East Germany join a unified Germany which was to be a member of NATO", berichtete Botschafter Charles Bohlen aus Moskau.⁵² Eine realisierbare Alternative zu der bisher praktizierten Deutschlandpolitik ist in Washington nicht ernsthaft erwogen worden. Das National Security Council empfahl dann auch Kontinuität in der Deutschlandpolitik. Für den Fall, daß es in der Frage einer deutschen Wiedervereinigung zu keiner Einigung komme, sollte Washington die bisherige Politik fortsetzen. Insbesondere müsse sich die amerikanische Regierung jedem Vorschlag zur Neutralisierung der beiden deutschen Staaten widersetzen.

Der "Geist von Genf"

Das Genfer Gipfeltreffen vom Juli 1955 hatte in der Deutschen Frage keine Fortschritte gebracht. Immerhin hatte man aber miteinander gesprochen. Das erweckte in der Weltöffentlichkeit Hoffnungen, daß der "Geist von Genf" zum dauerhaften Element der internationalen Beziehungen werden und schließlich zu einer Entkrampfung im Ost-West-Verhältnis führen könne.

In einem längeren persönlichen Brief an Außenminister Dulles beschäftigte sich Adenauer mit dem Ausgang der Genfer Gipfelkonferenz.⁵³ Er dankte Dulles, "weil Sie so konsequent für die Wiedervereinigung eingetreten sind und weiter die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems ohne gleichzeitige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands für unmöglich erklärt haben". Insoweit sei die Genfer Konferenz "für uns ein Erfolg" gewesen. Im übrigen sei die Konferenz jedoch als "ein voller Erfolg für die Russen" zu werten, denn sie "haben es verstanden, durch billige Gesten alles vergessen zu machen, was auf ihrem Schuldkonto steht", betonte Adenauer: "Sowjetzone, Satellitenstaaten, Zustände im eigenen Lande, Unterhaltung der kommunistischen Parteien als ihre Stoßtrupps in anderen Ländern (Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Nordafrika, arabische Staaten, Ferner Osten), den auf alle Länder ausgeübten Zwang, mit aller Macht aufzurüsten." Alles ziele "auf die von Rußland letzten Endes geplante Eroberung der Welt durch den Kommunismus", und es sei "keine einzige Tatsache zu verzeichnen", die zu der Annahme berechtige, "daß die Russen ihre Weltoberungspläne tatsächlich aufgegeben haben". Außerdem fühlten sie sich nach Auffassung Adenauers "durch den Wandel der öffentlichen Meinung über sie so gestärkt", daß sie die Wiederherstellung der Einheit

Deutschlands nach der Genfer Konferenz "auf unbestimmte Zeit verschoben wissen wollen". Dies stehe im Gegensatz zu ihren früheren und noch auf der Berliner Außenministerkonferenz abgegebenen Erklärungen. Schließlich, so Adenauer, habe auch der österreichische Staatsvertrag keine wirkliche Entspannung gebracht, denn die aus Österreich abgezogenen sowjetischen Truppen seien jetzt in Ungarn und der Tschechoslowakei stationiert. Symptomatisch für die verbesserte sowjetische Position seien die "Äußerungen der Minister der Sowjetzone, die noch niemals so herausfordernd gewesen seien wie jetzt nach Genf".⁵⁴

Adenauer warnte vor einer "Hinausschiebung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands". Dies sei deshalb "so gefährlich", weil sie "mit der in Genf sich ankündigenden Rehabilitierung Rußlands durch die angelsächsischen Großmächte" zeitlich zusammenfalle. So erkläre sich auch das "sehr ungünstige Echo" in der deutschen Öffentlichkeit. Wenn man jedoch "den Anschein der Rehabilitierung Rußlands durch die angelsächsischen Mächte" vermeide, dann verringere das die Gefahr, "daß die Bundesrepublik und damit Europa russische Einflußsphäre wird". Genau darauf spekulierten die Sowjets. Durch eine Verschiebung der Wiedervereinigung "auf unbestimmte Zeit" hofften sie, die Bundesrepublik "aus der Verbindung mit dem Westen herauszulösen", dadurch die Bildung eines vereinten Europas zu verhindern und so Deutschland, Frankreich und Italien "in ihre Hände zu bekommen". Auf diese Weise wollten sich die Sowjets "eine sehr günstige Ausgangsposition für die ihnen vorschwebende endgültige Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten 'der letzten Stütze des Kapitalismus' schaffen".⁵⁵

Seine Lageanalyse verband Adenauer mit einem Schuß Eigenwerbung, wenn er gegenüber Dulles betonte, daß sich die Sowjets unter anderem auf folgende Überlegungen stützten: "Kanzler Adenauer wird wegen seines hohen Alters in absehbarer Zeit aus dem politischen Leben ausscheiden. Er hält jetzt die nichtsozialistischen Parteien zusammen. Sein Nachfolger wird höchstwahrscheinlich nicht den dazu benötigten Einfluß haben, so daß dann die SPD an die Regierung kommt. Ob die Bundestagswahlen 1957 eine ebenso starke Mehrheit für die bisherige Außenpolitik bringen werden, scheint den Russen zweifelhaft." Damit hatte Adenauer genau die Themen angeschlagen, die zu den zentralen Elementen der amerikanischen Deutschlandpolitik gehörten.⁵⁶

Allerdings geriet auch der Bundeskanzler in den Sog der sowjetischen Entspannungsoffensive. Das zeigt seine Moskaureise, die er aus innenpolitischen Gründen nicht ablehnen konnte.⁵⁷ Unter den außen- und deutschlandpolitischen

Prämissen Adenauers ist die Moskaureise eher ambivalent zu beurteilen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion war sicher eine gewisse "Normalisierung" der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Damit wurde aber zumindest indirekt der Aufwertung der DDR Vorschub geleistet. Hinzu kam, daß die Moskaureise in den USA Befürchtungen über eine autonome Ostpolitik Bonns belebt hat. Das betraf in diesem speziellen Fall weniger die Regierungsebene, denn hier hat Adenauer engen Kontakt zu Außenminister Dulles gehalten, sondern eher die amerikanische Öffentlichkeit.⁵⁸ Allerdings waren die amerikanischen Führungseliten von Wirtschaft und Politik keineswegs frei von einem Rapallo-Trauma, d.h. die Furcht vor ostpolitischen Alleingängen war latent vorhanden.⁵⁹ Daß es sich hier nicht nur um irrationale Gefühlsaufwallungen handelte, belegen auch nüchterne ökonomische Analysen.

Im Februar 1957 beschäftigte sich die Deutschlandabteilung des Auswärtigen Amtes beispielsweise mit den wirtschaftlichen Implikationen einer deutschen Wiedervereinigung.⁶⁰ Die Fragen der wirtschaftlichen Stabilität Deutschlands und der zukünftigen außenwirtschaftlichen Orientierung standen im Mittelpunkt der Überlegungen. Aus innen- wie außenpolitischen Gründen sei es notwendig, die wirtschaftlichen Konsequenzen einer deutschen Wiedervereinigung zu bedenken. Die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik sei elementarer Bestandteil auch der politischen Stabilität. Man müsse daher feststellen, ob die Kosten der Einheit die Lebensbedingungen der Arbeiter derartig tangiere, daß hier sogar die Gefahr einer Radikalisierung und politischer Neuorientierung bestehe. Langfristig würde der Zugewinn des Gebietes der sowjetischen Besatzungszone wirtschaftliche Vorteile bieten. Die westdeutsche Industrie sei schließlich in vielen Sektoren stark exportabhängig, dem stehe ein großer Investitions- und Konsumbedarf in der sowjetischen Besatzungszone gegenüber. Werde das Problem der Finanzierung gelöst, eröffne sich hier ein nennenswerter Absatzmarkt auf Jahre hinaus.

Allerdings würden sich die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Wiedervereinigung keinesfalls auf Deutschland selbst beschränken. Die deutschen Außenbeziehungen seien ebenfalls tangiert. Hier befürchtete die Deutschlandabteilung eine Gefährdung nicht nur der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sondern generell eine Unterminierung des europäischen Integrationsprozesses durch eine stärkere Ostorientierung der deutschen Wirtschaft:

“As noted above, the German Government will have very serious problems to deal with arising out of reunification. The German people, which on the whole, have been enthusiastic about the Common Market, will also be preoccupied with urgent and absorbing domestic problems. The political drive which has sustained the German interest in the Common Market may well be withdrawn and Germany may well move out of rather than into closer economic alliance with its Western neighbors. ... In short, the reunification of Germany would probably lead to a weakening of economic ties of Germany to the West.”⁶¹

Angesichts der hier skizzierten ökonomischen Unwägbarkeiten einer deutschen Wiedervereinigung hatte der in der Bundestagswahl vom September 1957 so erfolgreiche CDU-Slogan “keine Experimente” auch eine nicht zu unterschätzende außenpolitische Dimension.

Adenauer: Kanzler der Amerikaner

Der spektakuläre Wahlsieg der CDU in den Bundestagswahlen von 1957 wurde in amerikanischen Regierungskreisen lebhaft begrüßt. Es waren die besten Voraussetzungen für Stabilität und Kontinuität in den deutsch-amerikanischen Beziehungen gegeben. Allerdings wurde vor allem im State Department bei der Interpretation des Wahlergebnisses vor allzu großer Selbstzufriedenheit gewarnt: Ein 50%-Sieg bedeute noch nicht, daß Adenauer sich auf die Geschlossenheit aller Wähler in zentralen Fragen der Außenpolitik berufen könne. Schließlich seien die Deutschen angesichts weltpolitischer Turbulenzen und atomaren Wettrüstens nicht zu Unrecht nervös. Daraus ergebe sich eine gewisse Krisenanfälligkeit der deutschen Bevölkerung. In Hinblick auf den militärischen Schutz der Bundesrepublik durch die USA wurde von einer deutschen Hypersensibilität gesprochen. Es bestehe zuweilen die bis zum Mißtrauen gesteigerte Befürchtung, daß dieser Schutz teilweise oder völlig zurückgenommen werden könnte.⁶²

Gerade deshalb falle Adenauer nach wie vor eine Schlüsselstellung zu, sein Durchhaltevermögen sei für die USA wichtig. (“A second item of continuing interest is the Old Man himself.”) Solange Adenauer die Politik aktiv gestalte, könne man auf Kontinuität und Stabilität deutscher Außenpolitik vertrauen. Sein Ausscheiden aus dem Amt oder eine längere ernste Erkrankung würden

zweifellos den Kritikern Adenauers politischen Auftrieb geben. Die Demokratie sei in der Bundesrepublik in einem solchen Fall nicht gefährdet; aber es würde weitaus schwieriger sein, die gesamte Bundesrepublik auf amerikanischem Kurs zu halten: “... to keep the entire country firmly in line on policies parallel to ours”. Zunächst bleibe jedoch festzuhalten, daß für die unmittelbare Zukunft keine Gefahr bestehe. Vielmehr sei zu erwarten, daß nach den Ereignissen von Suez und Ungarn und den Unwägbarkeiten eines Wahljahres in der Bundesrepublik wieder eine Atmosphäre des Selbstvertrauens einkehren werde, welche für die Jahre 1955 und 1956 charakteristisch gewesen sei.⁶³

In ihrem Jahresbericht für 1957 betonte die amerikanische Botschaft noch einmal die unangefochtene Führungsrolle Adenauers.⁶⁴ Das gelte sowohl für seine Position in der eigenen Partei als auch in der Bundesregierung. Die CDU habe der Kanzler fest im Griff (“firm control”), und in der deutschen Innenpolitik befinde sich Adenauer angesichts wirtschaftlicher Stabilität und der Wiederherstellung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik in einer günstigen Lage. Die Popularität der Regierung Adenauer werde - so die Auffassung der Botschaft - auch andauern, falls es nicht zu wirtschaftlichen oder außenpolitischen Rückschlägen komme: “Adenauer has capability to hold his main policy line as long as effective US leadership, Soviet intransigence and Western solidarity are demonstrable.” Sollte eines dieser drei Elemente dramatischen Veränderungen unterworfen sein, dann würde sich wahrscheinlich auch Adenauer zu einer Modifizierung seiner Politik gezwungen sehen. Viel hänge hier auch von der sowjetischen Politik ab. In der Vergangenheit habe sich die Verweigerung der Sowjets in der Wiedervereinigungsfrage für den Westen als großer Vorteil erwiesen. Dies könnte sich im Falle einer sowjetischen Konzessionsbereitschaft insofern ändern, als die Bundesrepublik dann in Zugzwang geraten könne, eine Verhandlungslösung in der Deutschen Frage anzustreben. Dies könne die Bonner Beziehungen mit dem Westen Belastungen aussetzen. Als ähnlich bedeutsamer Faktor für die Entwicklung der westdeutschen Politik wurde das Vertrauen der Bundesrepublik in die USA veranschlagt. Erschüttert werden könne dieses Vertrauen durch ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten, eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Präsidenten, Ereignisse wie den Sputnik-Schock oder Friktionen in der atlantischen Allianz.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen wurden für die Regierungsebene als exzellent bezeichnet. Das dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Öffentlichkeit auch gegenüber der amerikanischen Politik kritischer geworden sei:

"Present relations between German Govt and US give somewhat deceptive appearance. On surface they remained excellent during past year. Both coalition and opposition parties followed unique practice of exploiting friendship with US as weapon in election campaign. There unquestionably remains large reservoir of good will toward, and faith in US among German public but there is now less unquestioning acceptance of US policies."⁶⁵

Die insgesamt positive Einschätzung der westdeutschen Entwicklung charakterisiert dann auch eine im Februar 1959 erstellte Bestandsaufnahme der amerikanischen Botschaft über das Jahr 1958.⁶⁶ Die politische und wirtschaftliche Stabilität sei nach wie vor bemerkenswert. Adenauer sei auch weiterhin die dominierende Figur in der westdeutschen Politik. Vier Elemente wurden von der Botschaft besonders herausgestellt: 1. Die Wahlerfolge Adenauers in den Landtagswahlen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, seien vor allem deshalb wichtig, weil sie im Zusammenhang mit der Debatte über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr erfolgten. 2. Die sowjetische Bedrohung Berlins werde sich auf die Ost- und Westpolitik der Bundesrepublik auswirken. 3. Führende Persönlichkeiten in der CDU forderten neue Initiativen in der Wiedervereinigungsfrage. 4. Im Bewußtsein von Souveränität und nationaler Stärke sei die Bereitschaft Bonns gewachsen, in bestimmten außenpolitischen Fragen wie der amerikanischen Intervention im Libanon eine unabhängige Position zu artikulieren.

Insgesamt gesehen nehme die deutsche Bevölkerung eine realistische Haltung ein. Das gelte etwa für die Sicherheitsfrage. Hier sei die Bevölkerung bereit, dem Konzept Adenauers zu folgen und die Frage der Wiedervereinigung dem Sicherheitsproblem zunächst unterzuordnen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik, insbesondere der Europapolitik, diagnostizierte die Botschaft ein großes Maß an Kontinuität:

"The Germans remain convinced supporters of European integration via the Common Market and Euratom, and have held steadfastly to the goal of an economic community of the six based on the closest French-German cooperation."⁶⁷

Was die engen Bindungen der Bundesrepublik mit den USA anbelange, so gründeten sie sich auf das Bewußtsein der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Das gelte vor allem für die Sicherheit der Bundesrepublik und das Ziel

der Wiedervereinigung Deutschlands. Das deutsche Selbstvertrauen und das Vertrauen der Verbündeten in die Bundesrepublik fänden ihre Rechtfertigung in der Stärke der politischen Struktur, dem wirtschaftlichen Wohlstand, dem langsamen aber stetigen Aufbau des Verteidigungsbeitrages und schließlich in der Identifizierung der Bonner mit der Washingtoner Außenpolitik, "the identification of its foreign policy with ours".

Die Botschaft hielt es im Hinblick auf die weitere Entwicklung für wichtig, sowjetische Störmanöver abzuwehren, Berlin zu verteidigen und das Streben nach Wiedervereinigung zu unterstützen, um die innen- und außenpolitische Stabilität der Bundesrepublik zu erhalten.

"The Soviets are currently rocking the boat and will continue to try to sink it. If they can strangle Berlin they will at least have done serious damage to this stability and will raise questions in the Federal Republic as to whether some accommodation with the East might not better be made at the price of a western alliance proved ineffective. If the Soviets, using the Berlin lever, bring about recognition of the GDR, the West Germans will have to think about accepting more or less permanent division of their country or trying to bridge it by more active relations with the communist world. It is of great importance that it be clearly demonstrated to the Germans that their present policies and alliances effectively protect German (including Berlin's) freedom, and will ultimately lead to reunification. Much in the coming year turns on the readiness of the West to preserve Berlin as part of the free world."⁶⁸

Viel hänge jedoch von der zukünftigen Entwicklung und insbesondere von der Stabilität auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Wirtschaft ab. Fraglos werde sich die Aufmerksamkeit der Bundesregierung in den kommenden Monaten auf das Berlin-Problem und seine Behandlung durch den Osten und die Westmächte richten. Als das am meisten verwundbare Mitglied der westlichen Allianz reagiere die Bundesregierung besonders empfindlich auf Entscheidungen, die die gegenwärtige Mächtebalance in Europa wahrscheinlich beeinträchtigen könnte. Daher sei die Bundesregierung mehr als jedes andere Mitglied der westlichen Allianz entschlossen, den Status quo zu bewahren. Diese Status quo-Politik beeinflusse nicht nur die Beziehungen Bonns mit dem kommunistischen Osten sondern auch mit ihren Partnern im NATO-Bereich.

Die amerikanische Botschaft berichtete im September 1959 unter Hinweis auf den Eisenhower-Besuch Ende August 1959 von einer Beruhigung der innenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik. Die Prosperität sei beispiellos, und mit der Beseitigung der unmittelbaren Bedrohung Berlins habe wieder ein Gefühl der Sicherheit Platz gegriffen. Die Genfer Treffen der Außenminister der vier Großmächte im Sommer 1959 und die amerikanisch-sowjetische Besucherdiplomatie habe den deutschen Wünschen im wesentlichen entsprochen. Man sei der Auffassung, daß nichts unversucht bleibe, um Wege zu einer Entspannung und zur Lösung der Deutschen Frage zu suchen. Diese Woge der Zufriedenheit werde von Adenauer und der CDU genutzt; Kanzler und Partei könnten sich jetzt wahrscheinlich auf eine größere Mehrheit stützen als sie in den Bundestagswahlen von 1957 zum Ausdruck gekommen sei. Adenauer bleibe für die absehbare Zukunft in der Bundesrepublik die Schlüsselfigur: "Dr. Adenauer remains the most able and powerful political figure in Germany and, cautious of over-confidence, he is driving his party into a very early and energetic preparation for the 1961 election campaign."⁶⁹

Für die Ära Eisenhower war Adenauer ein unentbehrlicher Partner. Der damalige Vizepräsident Richard Nixon hat dies rückblickend besonders prägnant formuliert.

"Adenauer was our own Iron Curtain - a man of iron with yet infinite patience whose profound belief in Christian principles made him the West's most effective, articulate, and consistent spokesman against what he considered to be an empire founded on godlessness and spiritual apprehension. ... In the ruins of postwar Germany, Adenauer stood out like a great cathedral."⁷⁰

Adenauer war für die Eisenhower-Dulles-Administration der ideale Partner. Der deutsche Bundeskanzler war Garant für innenpolitische Stabilität, außenpolitische Kontinuität und deutsche Amerikaorientierung. Angesichts der großen Bedeutung des Faktors USA im deutschen Bewußtsein haben Eisenhower und Dulles mit ihrer weitreichenden Unterstützung Adenauers die Position des Bundeskanzlers innen- und außenpolitisch aufgewertet und damit ihrerseits einen Beitrag zur Stabilität der Bundesrepublik geleistet. Diese Konstellation hat es Adenauer wesentlich erleichtert, zahlreiche innenpolitische Stürme zu überstehen. Das gilt auch für die durch die Berlin-Krise ausgelösten Turbulenzen.

Die Zuspitzung der Berlin-Krise und der Beginn der Ära Kennedy

Im Rechenschaftsbericht der Bundesregierung bezeichnete Adenauer das Jahr 1960 als "eine harte, gefährvolle Zeit", die von den weltpolitischen Spannungen "stark bewegt" sei. Der Bundeskanzler verwies insbesondere auf die "verschärfte Bedrohung Berlins" und den intensivierten Druck auf die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone. "Die freie Welt, besonders auch unser deutsches Volk" habe "darum allen Grund, den Kräften der Ordnung für ihren wirksamen Schutz" zu danken:

"Die Erhaltung des Friedens ist in erster Linie der festen Haltung der USA zu verdanken. ... Deshalb ist es mir auch ein herzliches Bedürfnis, dem aus seinem hohen Amte geschiedenen Präsidenten der Vereinigten Staaten Eisenhower zu danken für die Zähigkeit, Standfestigkeit und den staatsmännischen Weitblick, die er als Vorkämpfer unserer Freiheit bewiesen hat. In gleicher Weise wird die Erinnerung an seinen verstorbenen Außenminister John Foster Dulles bei uns Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs lebendig bleiben. Die beiden Staatsmänner haben die amerikanische Politik des Widerstandes gegen den Weltkommunismus, wie sie vor zwölf Jahren von Präsident Truman und seinen Außenministern Byrnes, Marshall und Dean Acheson eingeleitet wurde, mit besonderer Tatkraft fortgeführt."⁷¹

Erinnerungen an die Vergangenheit und insbesondere die Betonung der auch engen persönlichen Zusammenarbeit in der Eisenhower - Dulles - Adenauer - Ära waren jedoch noch keine Lösungen für die Zukunft. Die Außen- und Deutschlandpolitik des neuen amerikanischen Präsidenten hatte zu Beginn des Jahres 1961 noch keine klaren Konturen angenommen. Für Adenauer war es vor allem von Bedeutung, welche Position John F. Kennedy in der Berlin-Frage einnehmen würde, denn die mit dem Chruschtschow Ultimatum vom 27. November 1958 provozierte neue Berlin-Krise bedeutete eine Gefahr für die Glaubwürdigkeit der bisher verfolgten Deutschlandpolitik. Das gilt vor allem für die Formel: Wiedervereinigung durch Westintegration. Der Bau der Mauer im August 1961 schien das Gegenteil zu beweisen: Zementierung der Teilung Deutschlands als Folge der Westintegration?

Die Ereignisse des 13. August 1961 wurden von einem großen Teil der westdeutschen Presse Adenauer angelastet. Gräfin Dönhoff stellte dem

Bundeskanzler auf der ersten Seite der *Zeit* eine "Quittung für den langen Schlaf" aus: "Die Politik des Nichtstuns kommt uns teuer zu stehen".⁷² Die Bild-Zeitung beklagte sich über die Passivität des Westens und schrieb in überdimensionalen Lettern: "Der Osten handelt und was tut der Westen? Der Westen tut nichts. Präsident Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... Adenauer schimpft auf Willy Brandt".⁷³

In kritischer Auseinandersetzung mit Gräfin Dönhoff wandte sich Adenauer gegen ziellosen Aktionismus oder vorschnelle Schuldverteilung in Richtung Washington. In vertraulichen Gesprächen mit Journalisten⁷⁴ legte Adenauer Wert darauf, "daß die Situation, so wie sie jetzt ist, richtig gesehen wird und daß man vor allem den Amerikanern keinen Vorwurf machen darf; das würde auch unberechtigt sein." Adenauer verwies in diesem Zusammenhang auf ein Gespräch, daß er am Morgen des 13. August mit dem von ihm als "sehr deutschfreundlich" charakterisierten Senator Dodd geführt hatte: "Dodd ist ein Mann von Bedeutung, und Kennedy hat auch erkannt, daß seine Sache hier verhandelt wird, die amerikanische Sache in Deutschland, und daß er deswegen eben auf dem Posten hier dabei sein muß." Der Bundeskanzler äußerte in diesem Zusammenhang die Bitte,

"durch eine Kritik, die unberechtigt sein würde, nicht die Amerikaner zu verstimmen. Wir haben sie nötig. ... Ohne die Vereinigten Staaten bleiben wir doch gar nicht am Leben, das ist doch so klar wie der Tag. Wenn ich mir denke, das, was der Fulbright sagte, würde wirklich kommen, die amerikanischen Truppen würden uns verlassen, dann sind wir ja fertig in wenigen Wochen."⁷⁵

Das gelte es zu verhindern. Adenauer warnte in seinem Krisenmanagement vor einer kurzatmigen Politik, wenn er folgende Elemente betonte: Anlehnung an die USA, um die Unterstützung Washingtons nicht zu verlieren; Fortsetzung der Politik der Stärke als Basis für Verhandlungen mit der Sowjetunion; Ausnutzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion. Vor allem, so Adenauer, "brauchen wir wirklich Kaltblütigkeit und Nervenkraft", und er bat die Pressevertreter, dazu beizutragen, "daß das deutsche Volk die Nervenkraft behält. Es hat sie ganz augenscheinlich noch nicht".⁷⁶ Es lag auf der Linie dieser Beruhigungsstrategie, wenn sich die Bundesregierung alle Mühe gab, Übereinstimmung mit den USA zur Schau zu stellen. Das Bulletin der Bundesregierung ist hierfür ein eindrucksvoller Beleg.

Solidaritätsbekundungen aus Washington und Bonn - in diesen Kontext gehört auch die Blitzvisite von Vizepräsident Johnson in Bonn und Berlin kurz nach Errichtung der Mauer - ändern freilich nichts an der Tatsache, daß sich in der Deutschlandpolitik Divergenzen andeuteten. Von der Bundesregierung wurde Sicherheit in Europa und Überwindung der deutschen Teilung als integrale Bestandteile einer Gesamtpolitik definiert.⁷⁷ Eisenhower und Dulles hatten sich diese Definition weitgehend zu eigen gemacht. Mit der stärker am territorialen Status quo orientierten Europapolitik Kennedys⁷⁸ bestand für die Adenauersche Politik die Gefahr, daß Entspannung und Sicherheit in Europa nicht durch Überwindung sondern durch Fortschreibung der deutschen Teilung angestrebt wurden. Die Mauer konnte als sichtbarer Beweis dieser Entwicklung interpretiert werden. Die Aushöhlung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs durch diplomatische Aufwertung der DDR war unter diesen Bedingungen nur eine Frage der Zeit. "We have recognized many worse governments", äußerte Kennedy Ende August 1961 in kleinem Kreis.⁷⁹

Allianz des Mißtrauens?

Rapallo-Trauma und Neutralisierungsfurcht

Die fünfziger Jahre sind eine Periode enger deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit. Dennoch sollte das strukturell angelegte Konfliktpotential ebensowenig übersehen werden wie die historischen Vorbelastungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zu diesen historischen Hypotheken gehört die Furcht vor einer deutschen Schaukelpolitik zwischen West und Ost oder gar einer einseitigen Ostorientierung. Derartige Befürchtungen lassen sich als Rapallo-Trauma charakterisieren. In den fünfziger Jahren wurde dieses Rapallo-Trauma von einer Überschätzung des deutschen Nationalismus genährt. Die Deutschen, so die Überlegungen in der amerikanischen Öffentlichkeit und innerhalb der Regierung in Washington, würden sich mit der Teilung ihres Landes nicht abfinden. Da die Sowjetunion die Kontrolle über Ostdeutschland ausübe, könne der Weg zur deutschen Wiedervereinigung an Moskau nicht vorbeigehen. Hier liege eine gewisse Stärke der sowjetischen Deutschlandpolitik und eine Verlockung für deutsche Politiker, durch Zugeständnisse an Moskau die staatliche Einheit Deutschlands zu erkaufen. Eine deutsche Ostorientierung wurde als Bedrohung der Westintegration betrachtet. Je schneller die Westintegration der Bundesrepublik voranschreite, desto schwieriger würden ostpolitische Alleingänge für Bonn in der Zukunft sein, so die entsprechenden amerikanischen Überlegungen. Das Rapallo-Motiv der amerikanischen Integrationspolitik in Europa ist in den gedruckten und in den bisher nicht

veröffentlichten Akten klar dokumentiert. Die Eindämmung der sowjetischen Westpolitik wurde ergänzt durch die Eindämmung einer befürchteten deutschen Ostorientierung.

Dem amerikanischen Rapallo-Trauma entsprachen auf deutscher Seite Neutralisierungsgänge der Regierung Adenauer. Hier flammte gelegentlich die Befürchtung auf, die Großmächte der Anti-Hitler-Koalition könnten dem geteilten oder vereinten Deutschland Neutralität und Entmilitarisierung verordnen, ohne die Bundesregierung an derartigen Entscheidungen zu beteiligen.

Die vor allem von Adenauer wiederholt artikulierte Furcht vor einer Neutralisierung Deutschlands war für die Zeitgenossen insofern nicht unbegründet, als von amerikanischer Seite wiederholt Deutschlandpläne formuliert wurden, die auf eine Neutralisierung Deutschlands hinausliefen. Das gilt etwa für den sog. Byrnes-Plan von 1946, George F. Kennans "Program A" des Jahres 1948 und den zu Beginn der fünfziger Jahre in Washington angestellten Überlegungen zu einer militärischen "Ausdünnung" in der Mitte Europas.⁸⁰ Die Regierung Adenauer und die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung haben in der Neutralisierungsdebatte in mehrfacher Hinsicht Gefahren gesehen. Im Hinblick auf den für die Realisierung solcher Pläne notwendigen Konsens der Großmächte befürchtete man eine Wiederbelebung der Anti-Hitler-Koalition, also eine "Potsdam"-Lösung über Deutschland ohne Beteiligung der Deutschen selbst. Kompliziert wurde die Lage durch die Tatsache, daß der Begriff "Neutralisierung" zumeist nicht mit präzisen Definitionen versehen wurde. Überlagert wurde die deutsche Diskussion überdies durch das Sicherheitsproblem. Eine wie auch immer geartete Neutralisierung Deutschlands schien die Gefahr sowjetischer Westexpansion zu erhöhen und damit die Sicherheit Deutschlands zu verringern. Andreas Hillgruber hat in seiner Deutung der Adenauerschen Westorientierung dieses Sicherheitsproblem besonders umfassend interpretiert:

"In Adenauers Westintegrationspolitik spiegelte sich im zweifachen Sinne ein Primat der Sicherheit: Sicherheit der Bundesrepublik vor einer Expansion der Sowjetunion nach Westen und Sicherheit der Deutschen gleichsam vor sich selbst, vor einem von ihm trotz aller gegenteiligen Zeitstimmen in Deutschland früher oder später doch befürchteten Rückfall der Deutschen in den Nationalismus."⁸¹

Bedauerlicherweise haben Zeitgenossen sowie Historiker die ökonomischen Dimensionen der Neutralisierungsdebatten kaum berücksichtigt. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Autoren amerikanischer Neutralisierungskonzepte von den wirtschaftlichen Prämissen Washingtons keinerlei Abstriche gemacht haben. An der ökonomischen Westbindung Westdeutschlands bzw. eines vereinten Deutschlands wurde auch in den Neutralisierungsplänen kompromißlos festgehalten; mehr noch: Die ökonomische Westbindung Deutschlands sollte auch eine Voraussetzung sein für eine Stärkung des politischen und ordnungspolitischen Einflusses der USA. Unter diesem Gesichtspunkt waren amerikanische Neutralisierungskonzepte keine "Alternative zur Westintegration",⁸² sondern Vehikel zur Sicherstellung der Westintegration mit wirtschaftlichen Mitteln bei gleichzeitiger Befriedigung des deutschen Wunsches nach nationaler Einheit. Es ist nur schwer vorstellbar, warum die sowjetische Politik der vierziger und fünfziger Jahre bereit sein sollte, einem neutralisierten Deutschland unter diesen Bedingungen zuzustimmen. Aus historischer Sicht war die Neutralisierungsfurcht Adenauers ebenso unbegründet wie das amerikanische Rapallo-Trauma. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß Neutralisierungsfurcht und Rapallo-Trauma das Denken und Handeln der Zeitgenossen beeinflusst haben. Deutsch-amerikanische Divergenzen in Sicherheitsfragen vor allem seit Ende der fünfziger Jahre sind hierfür Belege.

In maßloser Überschätzung deutsch-amerikanischer Meinungsverschiedenheiten und Interessendivergenzen ist von einer "Allianz des Mißtrauens" gesprochen worden.⁸³ Das Gegenteil trifft zu: Rapallo-Trauma und Neutralisierungsfurcht sowie das strukturell angelegte Spannungsverhältnis zwischen Bonner Europa- und Amerikapolitik sollten nicht von der Tatsache ablenken, daß in den fünfziger Jahren die strukturellen Rahmenbedingungen der deutsch-amerikanischen Beziehungen auch verbessert wurden. Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre war es für die westdeutschen und amerikanischen Gründerväter der Bundesrepublik noch keineswegs ausgemacht, wie sich Demokratie, Wirtschaftsordnung und Konjunktur in der neu gegründeten Republik im einzelnen entwickeln würden. Vor allem die beeindruckende Akzeptanz der demokratisch-föderalistischen Verfassungsstruktur durch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung konnte nicht detailliert vorausgeplant oder gar auf dem Verordnungsweg erzwungen werden. Durch die Stabilisierung der Demokratie in den kritischen fünfziger Jahren wurde die Bundesrepublik ein demokratisch legitimes Mitglied der freien Welt. Und diese demokratische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik hat die Krisenanfälligkeit der deutsch-amerikanischen Beziehungen stark reduziert. Eisenhower, Dulles und Adenauer

haben hier einen entscheidenden Beitrag geleistet. Das hat trotz aller Divergenzen im Verhältnis Adenauer-Kennedy das Krisenmanagement der frühen sechziger Jahre⁸⁴ wesentlich erleichtert.

Charakteristisch für die in den fünfziger Jahren gelegten Fundamente der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist die Tatsache, daß die Demonstration deutsch-amerikanischer Übereinstimmung zu einem wichtigen Element der westdeutschen Innenpolitik wurden. Symptomatisch ist in diesem Kontext ferner die Tatsache, daß die amerikanische Unterstützung des deutschen Vereinigungsprozesses im Jahre 1990 von den Deutschen als Selbstverständlichkeit angesehen wurde. Die prägenden Wirkungen der amerikanischen Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre können nicht hoch genug veranschlagt werden.

Anmerkungen

¹ Vgl. die Beiträge von Wolfgang KRIEGER und Klaus SCHWABE in diesem Sammelband mit jeweils weiteren Literaturangaben. - Die folgenden Überlegungen sind entstanden im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Schwerpunktprogramms "Westeuropa und Nordamerika. Geschichte der transatlantischen Beziehungen." Der DFG danke ich auch an dieser Stelle für die Unterstützung meiner Archivforschungen in Großbritannien und den USA. Mein besonderer Dank gilt Elisabeth Laube für zahlreiche Hinweise.

² So Hans W. GATZKE, *Germany and the United States. A Special Relationship?* Cambridge, Mass. 1980.

³ Eine zusammenfassende Darstellung der deutsch-amerikanischen Beziehungen der fünfziger Jahre steht noch aus; vgl. demnächst für die Jahre 1949-1955 die angekündigten Studien von Hermann-Josef RUPIEPER, *Der besetzte Verbündete*; Thomas SCHWARTZ, *America's Germany: John McCloy and the Federal Republic of Germany*, Cambridge, Mass. 1991; außerdem Manfred GÖRTEMAKER über die Deutschlandpolitik des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles; zur Einführung in einige Hauptprobleme der fünfziger Jahre: Manfred GÖRTEMAKER, *Von der Besatzungsmacht zum Alliierten: Deutsch-amerikanische Beziehungen 1949-1955*, in: Detlef JUNKER (Hrsg.), *Deutschland und die USA 1890-1985*, Heidelberg 1985 (Heidelberg American Studies Background Paper No. 2), S. 70-85; Ernest R. MAY, *The American Commitment to Germany, 1949-55*, in: *Diplomatic History* 13 (1989), S. 431-460; Hermann-Josef RUPIEPER, *Deutsche Frage und europäische Sicherheit: Politisch-strategische Überlegungen 1953/55*, in: Bruno THOSS/Hans-Erich VOLKMAN (Hrsg.), *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956*, Boppard/Rhein 1988, S. 179-209.

⁴ Vgl. Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hrsg.), *Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen - Kontroversen*, Stuttgart 1990.

⁵ Vgl. aus der Fülle der Literatur zur Außen- und Deutschlandpolitik Adenauers insbes.: Josef FOSCHEPOTH (Hrsg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, 2. Aufl., Göttingen 1990; Klaus GOTTO, *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945-1963*, München 1975; Peter SIEBENMORGEN, *Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990; Jürgen WEBER (Hrsg.), *Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand*, München 1989; für die Entwicklung bis 1952 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer, Der Aufstieg: 1876-1952*, 2. Aufl., Stuttgart 1986; speziell zur Westintegration Ludolf HERBST/Werner BÖHRER/Hanno SOWADE (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990.

⁶ Vgl. z.B. Manfred KNAPP, *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*, in: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hrsg.), *Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten*, Wiesbaden 1977, S. 19-43; zur Kontinuität amerikanischer Stabilisierungspolitik Werner LINK, *Zum Problem der Kontinuität der amerikanischen Deutschlandpolitik im zwanzigsten Jahrhundert*, in: Manfred KNAPP (Hrsg.) *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach 1945*, Frankfurt/Main 1975, S. 86-131.

⁷ Volker R. BERGHAIN, *Zur Amerikanisierung der westdeutschen Wirtschaft*, in: HERBST/BÖHRER/SOWADE, *Vom Marshallplan zur EWG*, S. 227-253.

⁸ Vgl. Werner BÖHRER, *Erzwungene oder freiwillige Liberalisierung? Die USA, die OEEC und die westdeutsche Außenhandelspolitik 1949-1952*, ebenda, S. 139-162; Christoph BUCHHEIM, *Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958*, München 1990.

⁹ *Prospects of Democratic Development of the German Federal Government*, United State High Commission for Germany (zitiert HICOG), in: National Archives, Record Group 59 (zitiert NA, RG 59), 862.00/12-849: "Dr. Adenauer is in no sense a totalitarian. He will fight the return of a totalitarian system as vigorously as would the Occupying Powers themselves. He is not a dictator in the technical sense of the term. But neither has he any real sympathy for popular government, nor for democracy in practice as we understand it. He is the product of German officialdom with its belief in the authority of the state over the people and in the professional civil servant as against the untrained legislator; and in the right of the government (the state) to take action which it considers to be in the interests of the German people, unhampered by reference to public opinion."

¹⁰ *Some Thoughts re Chancellor Adenauer*, Memorandum Williams, 19. September 1952, in: NA, RG 59, 762A.13/9-1952.

¹¹ Umfangreiches Material in: NA RG 59, 862A.00; Belege auch in: *Foreign Relations of the United States 1952-1954*, Vol. VII, Part 1, Washington 1986 (zitiert FRUS, 1952-1954, VII/1), S.424-456.; vgl. außerdem Hans-Jürgen GRABBE, *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945-1966*, Düsseldorf 1983, S. 194 f.

- 12 Vgl. in diesem Zusammenhang Memorandum Fuller (Basic German Studies) vom 20. November 1953, in: NA, RG 59, Papers of the Policy Planning Staff, Box 20029.
- 13 HICOG an State Department, 18. September 1953, in: NA, RG 59, 762A.00/9-1353.
- 14 Vgl. insbes. Hermann-Josef RUIPEPER, Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit? In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 427-451; vgl. auch FRUS, 1952-1954, VII/1, S. 601-1232.
- 15 HICOG an State Department, ebenda, 563 f.
- 16 Protokoll vom 19. Januar 1954 in: Adenauer: "Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf 1990, S. 68-137.
- 17 Ebenda, S. 105 f.
- 18 Ebenda, S. 111.
- 19 Ebenda, S. 112, 118.
- 20 Ebenda, S. 118 f.
- 21 Ebenda, S. 119.
- 22 Vgl. ebenda, S. 115 f.
- 23 Abgedruckt bei Klaus-Jörg RUHL (Hrsg.), "Mein Gott was soll aus Deutschland werden?" Die Adenauer-Ära 1949-1963, S. 172-176.
- 24 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes von Hans-Peter Schwarz, Bd. 2: Adenauer und die Hohen Kommissare 1952, hrsg. von Hans-Peter SCHWARZ in Verbindung mit Reiner POMMERIN, bearb. von Frank-Lothar KROLL und Manfred NEBELIN, München 1990, S. 145.
- 25 Conant an State Department, 5. Mai 1954, in: FRUS 1952- 1954, VII/1, S. 569; vgl. auch Conant an State Department, 15. Mai 1955, in: NA, RG 59, 762A.00/5-1554, im Auszug abgedruckt ebenda, S. 570.
- 26 Some Observations on West German Political Developments, HICOG an State Department, 12. Juli 1954, abgedruckt bei Hans-Jürgen SCHRÖDER, Die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Eine amerikanische Bilanz 1954, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), S. 327-351.
- 27 Ebenda, S. 335 f.
- 28 Ebenda, S. 351.
- 29 Vgl. United States Delegation Minutes of the First Meeting of Chancellor Adenauer and President Eisenhower, The White House, April 7, 1953, Noon, 17. April 1953, in: FRUS 1952-1954, VII/1, 425 ff.
- 30 Vgl. insbes. Werner LINK, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-32, Düsseldorf 1970; Manfred BERG, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907-1929, Baden-Baden 1990.
- 31 Das gilt sogar für den primär ökonomische Fragen behandelnden Beitrag von Rüdiger Bernd WERSICH, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B26/1976, S. 17-30.
- 32 Foreign Economic Relations of the United States, 17. Mai 1954, in: FRUS, 1952-1954, I/1, S. 65 ff.
- 33 Ebenda, S. 66.
- 34 Ebenda, S. 70.
- 35 Vermerk Elmenau, 31. August 1949, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig BA), Nachlaß Pünder/718.
- 36 Memorandum des Bundesministers für Wirtschaft vom 28. Juni 1955 (Zur Frage der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Auswärtigen Amt), in: BA, B 136/1261; Stellungnahme Rheinhardt vor dem Haushaltsausschuß des Bundestages, Protokollauszug vom 11. Februar 1955, in: BA, B136/6577.
- 37 Die Außenhandelspolitik nach der Souveränitätserklärung, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 127 vom 13. Juli 1955, S. 1064.
- 38 Vgl. FRUS 1952-1954, VII/1, S. 424 ff., 592 ff.; zwischenzeitlich wurde der Handelsvertrag von 1923 wieder in Kraft gesetzt.
- 39 Kabinettsvorlage des Auswärtigen Amtes vom 15. Oktober 1954, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Länderabt. III, Verhandlungen und Abschluß von Handelsverträgen mit den USA, Bd. 2.
- 40 Dies im Gegensatz zu Olaf MAGER, Die Stationierung der britischen Rheinarmee - Großbritanniens EVG-Alternative. Mit einem Vorwort von Ralf DAHRENDORF, Baden-Baden 1990.
- 41 Vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats, zitiert im Memorandum Raymond, 29. August 1955 (Whether Reunified Germany will be Bound by the Bonn Conventions and Paris Agreements), in: NA, RG 59, 762.00/8-2955.
- 42 Germany's Position in Western Europe. A Report Submitted by the Council on Foreign Relations to the Conference at Bruges, April 21-26, 1955, New York 1955, Not for Publication, hektographiertes Exemplar in: NA, RG 59, 762A.00/4-1355.
- 43 Ebenda, S. 2.
- 44 Ebenda.
- 45 Ebenda, S. 3.
- 46 Vgl. Michael WALA, Winning the Peace. Amerikanische Außenpolitik und das Council on Foreign Relations, 1945-1950, Stuttgart 1990.
- 47 Vgl. das Memorandum über die Gespräche der westlichen Alliierten mit Adenauer am 17. Juni 1955 in: FRUS 1955-1957, V, S. 232-238.
- 48 Memorandum Dulles, 18. Juni 1955, ebenda, S. 239 f.
- 49 Basic U.S. Policy in Relation to Four-Power Negotiations, 11. Juli 1955, ebenda, S. 287-298.
- 50 Ebenda, S. 292.
- 51 Vgl. ebenda, S. 293 f.
- 52 Bohlen an Armstrong, 30. August 1955, in: NA, RG 59, 762.00/8-3055.
- 53 Adenauer an Dulles, 8. August 1955, abgedruckt bei Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1953-1955, S. 478-480, Original in: NA, RG 59, 862A.00/8-355.
- 54 Ebenda.
- 55 Ebenda.
- 56 Ebenda.

- 57 Vgl. insbes. Josef FOSCHEPOTH, Adenauers Moskaureise 1955, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B22/1986, S. 30-46.
- 58 Vgl. z.B. Newsweek vom 12. September 1955: "Two parallels do remain. In 1955 as in 1939, it was the Soviet Union that engineered a meeting with Germany. And, as before, a Western World stirred uneasily over the possibility, however remote, of an unholy alliance between the two powers."
- 59 Vgl. neuerdings Axel FROHN, Der "Rapallo-Mythos" und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas HILLGRUBER, hrsg. von Jost DÖLFFER, Bernd MARTIN und Günter WOLLSTEIN, Berlin 1990, S. 135-153.
- 60 Memorandum Margolies, 4. Februar 1957 (Economic Implications of the Reunification of Germany), in: NA, RG 59, 762A.00/2-457.
- 61 Ebenda.
- 62 Memorandum Lisle, 2. Oktober 1957 in: NA, RG 59, 862A.00/10-255.
- 63 Ebenda.
- 64 Amerikanische Botschaft Bonn an State Department, 7. Februar 1958, in: NA, RG 59, 762A.00/2-458.
- 65 Ebenda.
- 66 Amerikanische Botschaft Bonn an State Department, 2. Februar 1959, in: NA, RG 59, 762A.00/2-259.
- 67 Ebenda.
- 68 Ebenda.
- 69 Amerikanische Botschaft an State Department, 29. September 1959 (Probable Political Developments in the Federal Republic: A Survey), in: NA, RG 59, 762A.00/9-2959.
- 70 Richard Nixon Library, Yorba Linda, Cal., World Leaders Exhibit, Konrad Adenauer.
- 71 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 25 vom 4. Februar 1961, S. 225.
- 72 Die Zeit, 18. August 1961, Faksimile in: Adenauer. Teegespräche 1959-1961, bearb. von Hanns Jürgen KÖSTERS, Berlin 1989, S. 542.
- 73 Bild-Zeitung, 16. August 1961, Faksimile ebenda, S. 542.
- 74 Kanzler-Tee vom 17. August 1961, Protokoll ebenda, S. 540-554.
- 75 Ebenda, S. 550.
- 76 Ebenda, S. 549.
- 77 Vgl. z.B. folgende Aufzeichnungen über Gespräche Adenauers mit Eisenhower: Memorandum Reinstein, 28. Mai 1957, in: Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas, Whitman File, International Series, Box 14; Memorandum Lejins, 16. März 1960, ebenda, Box 13.
- 78 Eine gute Einführung bietet Frank COSTIGLIOLA, The Failed Design: Kennedy, de Gaulle, and the Struggle for Europe, in: Diplomatic History 8 (1984), S. 227-251.
- 79 Zitiert ebenda, S. 232.
- 80 Einen vorzüglichen Überblick gibt Andreas HILLGRUBER, Alliierte Pläne für eine "Neutralisierung" Deutschlands 1945-1955, Opladen 1987; vgl. im einzelnen Josef FOSCHEPOTH, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in:

- Deutschland Archiv 12 (1984), S. 1286-1301; Axel FROHN, Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945-1949, Frankfurt/Main 1985; Hermann-Josef RUIEPER, Wiedervereinigung und europäische Sicherheit: Deutsch-amerikanische Überlegungen für eine entmilitarisierte Zone in Europa 1953, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1986/1, S. 91-127; Rolf STEININGER, Ein vereinigt unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der Kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1984/2, S. 105-144.
- 81 HILLGRUBER, Alliierte Pläne, S. 30.
- 82 So FROHN, Neutralisierung als Alternative zur Westintegration.
- 83 Karl J. BRANDSTETTER, Allianz des Mißtrauens. Sicherheitspolitik und deutsch-amerikanische Beziehungen in der Nachkriegszeit. Mit einem Nachwort von Helmut RIDDER, Köln 1989.
- 84 Vgl. in diesem Sammelband den Beitrag von Ernst-Otto CZEMPIEL.